

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020

Teilhaushalt 3000

Ich rufe auf den **Teilhaushalt 3000** Zentraler Juristischer Dienst und gehe mit Ihnen auf die **Seite 131**.

Antrag 21 (Seite 131): Schaffung einer Personalstelle der/des Antirassismusbeauftragten, (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Manchmal wird uns nachgesagt, dass wir unserer Zeit voraus sind. Vermutlich sind wir es an der Stelle auch, weil wir heute wiederum einen Antrag stellen, wo wir fest davon ausgehen werden, dass wir in den nächsten Jahren genau diesen beschließen und nur über den Zeitraum diskutieren werden. Wir haben im vergangenen Jahr zwei Anträge gestellt, die alle sowohl das Thema Antirassismus, als auch die Situation von queeren Menschen in der Stadt behandelt haben, einmal ein Antrag des Aktionsbündnis gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art von der LINKE.-Fraktion, der mehrheitlich angenommen wurde, und einmal einen Antrag von SPD und GRÜNE zu dem Thema Stärkung von queeren Strukturen vor Ort, wo auch das Thema der Interessensvertretung von queeren Menschen in der Stadt aufgegriffen wird. Wir sehen bei beiden einen Bedarf, dass wir weiterhin auch auf der Stadtseite zusätzliche Stellen schaffen, weil es nicht darum geht, dass die Stadt alle Aufgaben übernimmt, die zum Teil von der Zivilgesellschaft und vielen sozialen Strukturen vor Ort kommen, sondern in Form einer koordinativen Rolle, die konzeptionell weiterarbeitet, die Lücken identifiziert, die auch Stärken erkennt und dementsprechend Schwerpunkt setzt und dazu führt, dass wir die Strukturen, die wir vor Ort hier in Karlsruhe haben, verbinden, ausbauen und weiter stärken. Denn beides sind wichtige Themen. Beides sind Themen, die wir in der Zukunft bearbeiten müssen, weil wir trotz der Fortschritte der vergangenen Jahre immer noch eine Diskriminierung in der Gesellschaft tagtäglich erkennen können.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Anliegen unterstützen wir natürlich auch. Wir wollen auf jeden Fall, dass die Antirassismus-Tage, die Antirassismus-Wochen wieder durchgeführt werden. Jetzt ist es so, dass es im Augenblick Überlegungen gibt innerhalb der Gruppierungen, wie man weiter macht, in welchem Rhythmus man die Antirassismus-Wochen durchführt und ob sie überhaupt in diesem Jahr 2021 wie in der Vergangenheit durchgeführt werden können. Von daher ist es im Augenblick auch nicht sinnvoll und notwendig, dass wir jetzt eine Stelle schaffen. Wir werden uns auf jeden Fall mit diesem Thema erneut wieder intensiv befassen, wenn es um den Haushalt für 2022/23 geht. Von daher würden wir heute diesen Antrag – nicht aber das Anliegen als solches, dass wir wieder aktiv werden – nicht unterstützen.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Die CDU-Fraktion verfolgt die klare Linie, eine solide Haushaltspolitik zu betreiben. Daher stimmen wir grundsätzlich neuen Stellenschaffungen nicht zu. Zu diesem speziellen Punkt möchten wir aber auch darauf hinweisen, dass uns natürlich Antirassismus, Antiextremismus eine wichtige Sache ist. Wir haben in Karlsruhe aber gute Strukturen. Wir haben bereits die Antidiskriminierungsstelle, in deren Kern- und Aufgabenbereich

genau diese Thematik fällt. Wir haben die Wochen gegen Rassismus. Hier werden wir uns weiter einbringen.

Stadtrat Marvi (SPD): Ich glaube, dass man jetzt nicht unbedingt die Verbindung zu den Wochen gegen Rassismus – über die wir noch reden werden – angesichts dieser Stellenschaffung herstellen muss. Aber ich will auch unsere Redezeit als SPD-Fraktion nicht aufbrauchen, um zu jeder einzelnen zu argumentieren, da man ganz grundsätzlich mit dem Thema Stellenschaffung im nächsten Haushalt umgehen will. Wir haben eine sehr extrem angespannte Haushaltssituation. Viele dieser Stellenschaffungen, die hier beantragt sind, sind gut gemeint und umfassen wichtige Themen. Aber wir werden – das sage ich ganz allgemein - uns extremst bei diesem Thema zurückhalten und nur ganz gezielt und punktuell für mehr Personalbedarf stimmen, dann auch gerne mit Sperrvermerk. Wir wollen in diesen Haushaltszeiten die Bedingungen für die Beschäftigten bei der Stadt Karlsruhe verbessern. Auch daher müssen wir Maß halten bei einem weiteren deutlichen Anstieg von Ausgaben für neue Stellen.

Stadtrat Riebel (GRÜNE): Wie die Kollegin Rastätter schon gesagt hat, sehen wir es kritisch mit dem Antirassismusbeauftragten. Aber das gleiche gilt auch für die LSBTTIQ-Stelle. Denn dazu brauchen wir erst einmal ein umfassendes Konzept. Wir haben einen Antrag dazu gestellt, haben aber gesagt, es soll noch einmal im Sozialausschuss beraten werden. Das müssen wir abwarten. Wir müssen die Community richtig einbinden. Daher müssen wir diesen Antrag auch erst einmal ablehnen und hoffen dann, dass es im nächsten Jahr klappt mit dem Konzept. Dann können wir 2022/23 das dann sicherlich auch in den Haushalt einstellen und davor ausgiebig beraten.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben bestimmt viele Themen in unserer Gesellschaft, die es wert sind zu diskutieren. Aber gerade dieses Jahr haben wir keine Möglichkeit, Stellen zu bewilligen. Ich denke, wir können das in 2022/23 wieder diskutieren.

Der Vorsitzende: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und rufe die Ordnungsziffer 21 zur Abstimmung auf. Da geht es um den Antirassismusbeauftragten. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 22 (Seite 131): Einrichtung einer Stelle zur Interessenvertretung der LSBTTIQ-Community (DIE LINKE.)

Ich bitte auch hier um Ihr Votum. – Das ist auch **mehrheitlich abgelehnt**.

Auf der **Seite 131** ist noch zu vermelden, dass wir über die 1. Veränderungsliste Rechtsanwaltskosten zum Hochwasserpolder Bellenkopf-Rappenwört eingestellt haben und über die 2. Veränderungsliste die Schaffung einer Vollzeitstelle bei der Kontaktstelle Frau und Beruf. Diese eine Vollzeitstelle ergibt sich aus der halben Stelle, die wir schon einmal miteinander vereinbart hatten, plus einer weiteren halben Stelle, die wir einrichten können, weil wir jetzt eine 50-%-Förderung durch das Land bekommen. Insofern können wir diese Kontaktstelle auf etwas kleinerem Niveau fortsetzen und bekommen es aber zur Hälfte vom Land finanziert. So hatten wir es vereinbart.

Ich darf auf der **Seite 138** noch in der 1. Veränderungsliste bekannt geben, dass wir hier noch ein IT-Projekt zum Erwerb DV-Software Grundstücksbewertungsstelle kostentechnisch eingepflegt haben. Damit wäre der Teilhaushalt 3000 beendet.